

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b> .....	1
<b>Autorinnen und Autoren</b> .....	2
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	9
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	14
<b>Abbildungsverzeichnis</b> .....	18
<b>Abschnitt I: Die Behandlung von Bauleistungen im Umsatzsteuerrecht</b> .....	19
1. Grundsätze des Umsatzsteuerrechts .....	19
1.1. Was ist die Umsatzsteuer? .....	19
1.2. Der Unternehmer als Steuerschuldner .....	20
1.3. Der Vorsteuerabzug in der Unternehmerkette .....	20
1.4. Rechnungen gemäß § 11 .....	20
1.5. Entstehung der Umsatzsteuerschuld .....	21
1.5.1. Sollbesteuerung gemäß § 19 Abs 2 .....	22
1.5.2. Istbesteuerung gemäß § 17 .....	22
1.5.3. Übergang der Steuerschuld .....	23
1.5.4. Anzahlungen .....	23
1.5.5. Optionsmöglichkeit .....	23
1.6. Die rechtzeitige Abfuhr der Umsatzsteuer beim Finanzamt .....	23
2. Die Reverse-Charge-Regelung .....	24
2.1. Allgemeines .....	24
2.2. Überblick über die Entwicklung des Reverse-Charge-Systems in Österreich .....	25
2.2.1. Einführung der Steuerschuldumkehr mit dem EU-Beitritt Österreichs .....	25
2.2.2. Ausdehnung der nationalen Regelung auf weitere Bereiche .....	26
2.3. Derzeitige Anwendungsbereiche von Reverse Charge in Österreich .....	27
3. Bauleistungen gemäß § 19 Abs 1a .....	28
3.1. Hintergründe der Reverse-Charge-Regelung im Bau- und Baunebengewerbe .....	28
3.1.1. Die Scheinunternehmen .....	28
3.1.2. Die daraus resultierende Problematik .....	29
3.2. Übergang der Steuerschuld .....	30
3.3. Die Tatbestände des § 19 Abs 1a .....	30
3.4. Was ist eine Bauleistung? .....	31
3.4.1. Allgemeines .....	31
3.4.2. Grenzfälle .....	32
3.4.3. Leistungen, die definitiv keine Bauleistungen darstellen .....	34
3.4.4. Leistungen, die ausdrücklich als Bauleistungen definiert werden .....	34
3.4.5. Auflistung von Bauleistungen in der Rechnung .....	36
3.5. Unternehmer, der selbst mit der Erbringung der Bauleistungen beauftragt ist .....	36
3.5.1. Mitteilungspflicht an den Subunternehmer über die Beauftragung .....	37
3.5.2. Folgen bei Verletzung der Mitteilungspflicht .....	37
3.5.3. Fälschliche Mitteilung einer Bauleistung .....	37
3.6. Unternehmer, der seinerseits üblicherweise Bauleistungen erbringt .....	38
3.6.1. Wann erbringt ein Unternehmer „üblicherweise“ Bauleistungen? .....	38
3.6.2. Die Mitteilungspflicht .....	39

3.6.3. „Anhang 4“ der UStR 2000 .....	39
3.6.4. Wichtige Grenzfälle .....	40
3.7. Die Überlassung von Arbeitskräften .....	40
3.7.1. Arbeitsgemeinschaften (ARGE) .....	41
3.8. Zweifelsfälle hinsichtlich der Beurteilung von Bauleistungen .....	42
3.9. Kleinunternehmer und der Übergang der Steuerschuld .....	42
3.9.1. Der leistende Unternehmer als Kleinunternehmer .....	42
3.9.2. Der Leistungsempfänger als Kleinunternehmer .....	42
3.10. Übersicht .....	43
3.11. Gesonderte Rechnungsstellung und Aufzeichnungspflichten .....	43
3.11.1. Zusätzliche Rechnungsanforderungen bei Reverse Charge .....	43
3.11.2. Aufzeichnungspflichten und buchhalterische Erfassung .....	44
3.12. Entstehung der Steuerschuld in der Bauwirtschaft .....	45
3.12.1. Abweichungen bei der Sollbesteuerung .....	45
3.12.2. Abweichungen bei der Istbesteuerung .....	46
3.12.3. Anzahlungen .....	46
3.12.4. Teilleistungen in der Bauwirtschaft .....	46
3.13. Auswirkungen des § 19 Abs 1a auf die Gemeinden .....	48
3.13.1. Die Gemeinde als leistende Unternehmerin .....	49
3.13.2. Die Gemeinde als Leistungsempfängerin .....	49
4. Grenzüberschreitende Regelungen .....	50
4.1. Bauleistungen im Zusammenhang mit ausländischen Unternehmern .....	50
4.1.1. Der ausländische Unternehmer als Subunternehmer .....	50
4.1.2. Der ausländische Unternehmer als Generalunternehmer .....	50
4.2. Reverse Charge bei Bauleistungen in Deutschland .....	51
4.2.1. Allgemeines .....	51
4.2.2. Bauleistungen .....	51
4.2.3. Leistungsempfänger .....	51
4.2.4. Leistender .....	51
4.2.5. Auswirkungen für österreichische Unternehmer .....	52
4.2.5.1. Österreichische Subunternehmer (Leistende) .....	52
4.2.5.2. Österreichischer Auftraggeber (Leistungsempfänger) .....	52
4.3. Die Bauabzugssteuer in Deutschland .....	53
4.3.1. Der Tatbestand der §§ 48 bis 48d dEStG .....	53
4.3.2. Befreiung vom Steuerabzug .....	54
4.3.3. Folgen des Steuerabzugs .....	54
4.3.4. Auswirkungen der Bauabzugssteuer in Bezug auf österreichische Unternehmen .....	55
5. Resümee .....	55
<b>Abschnitt II: Die Auftraggeberhaftung im ASVG .....</b>	<b>56</b>
1. Allgemeine Grundsätze des ASVG .....	56
1.1. Grundsätzliches .....	56
1.2. Beginn und Ende der Versicherung im Arbeitsverhältnis .....	56
1.2.1. Beginn .....	56
1.2.2. Ende .....	56
1.2.3. Höhe und Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge .....	57
2. Die Auftraggeberhaftung für Beiträge und Umlagen iSd § 58 Abs 6 ASVG .....	58
2.1. Gründe für die Neuregelung im Jahr 2009 .....	58
2.1.1. Die professionellen Beitragshinterziehungen im Baugewerbe .....	58
2.1.2. Die Gewinner des Sozialbetrugs .....	60
2.1.3. Die Verlierer .....	60

---

2.2.	Einführung der Auftraggeberhaftung (AGH) .....	61
2.2.1.	Der Zweck der AGH .....	61
2.2.2.	Das Ziel der AGH .....	61
2.2.3.	Der Geltungsbereich und der Bezug zu § 19 Abs 1a UStG .....	61
2.3.	Der Haftungstatbestand der §§ 67a ff ASVG .....	62
2.3.1.	Welche Beiträge und Umlagen sind von der Haftung betroffen? .....	62
2.3.2.	Betragsmäßige Beschränkung .....	63
2.3.3.	Zeitliche Beschränkung .....	63
2.3.4.	Eintritt der Haftung .....	64
2.4.	Haftungsbefreiung .....	65
2.5.	Das Dienstleistungszentrum als Servicestelle .....	65
2.6.	Die HFU-Listen und die HFU-Gesamtliste .....	66
2.6.1.	Grundlegende Voraussetzungen für die Aufnahme in die HFU-Liste (§ 67b Abs 1 ASVG) .....	66
2.6.2.	Die Kritik der Jungunternehmer am Erfordernis einer mindestens dreijährigen Bauleistungserbringung .....	70
2.6.3.	Der Einfluss gesellschaftsrechtlicher Veränderungen von Unternehmen auf das Kriterium der dreijährigen Bauleistungserbringung .....	71
2.6.4.	Untersagen der Aufnahme in die HFU-Liste aus präventiven Gründen (§ 67b Abs 4 ASVG) .....	72
2.6.5.	Streichung aus der Liste .....	74
2.7.	Zahlung von 20 % des Werklohns an das DLZ .....	75
2.7.1.	Allgemeines .....	75
2.7.2.	Überweisung mit Datenmeldung an das DLZ .....	75
2.7.3.	Weiterleitung der Haftungsbeträge an die Krankenversicherungsträger .....	76
2.8.	Das Recht auf Konteneinsicht .....	76
2.8.1.	Einsicht in das Beitragskonto .....	76
2.8.2.	Einsicht in das Auftragnehmerkonto .....	77
2.9.	Rückerstattung und Verrechnung von Guthaben .....	77
2.9.1.	Das Recht auf Rückzahlung bzw Verrechnung .....	77
2.9.2.	Verweigerung der Guthabensrückzahlung .....	79
2.10.	Ein-Personen-Unternehmen (EPU) .....	80
2.10.1.	Die ursprüngliche Problematik für EPU und das „Bestätigungsschreiben“ .....	80
2.10.2.	Die Einführung des § 67e ASVG .....	81
2.11.	Erweiterte Haftungstatbestände .....	83
2.11.1.	Umgehungsgeschäfte .....	83
2.11.2.	Verletzung von Auskunftspflichten des auftraggebenden Unternehmens .....	84
2.12.	Auskunfts- und Einsichtsgewährungspflichten .....	84
2.12.1.	Auskunftspflicht der Dienstnehmer .....	84
2.12.2.	Auskunfts- und Einsichtsgewährungspflicht des auftraggebenden Unternehmens .....	84
2.12.3.	Auskunfts- und Einsichtsgewährungspflicht des beauftragten Unternehmens .....	85
2.12.4.	Auskunfts- und Einsichtsgewährungspflicht von Dienstgebern .....	86
2.12.5.	Behördliche Auskunftspflichten .....	86
2.13.	Geltendmachung der Haftung .....	86
3.	Verfassungsrechtliche Überlegungen .....	87
3.1.	Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz? .....	87
3.2.	VfGH-Rechtsprechung zur Haftung von Abgabenverbindlichkeiten Dritter .....	87
3.2.1.	Öffentliches Interesse .....	88

---

# SWK-Spezial: Reverse Charge und Auftraggeberhaftung in der Bauwirtschaft

---

3.2.2. Rechtsbeziehung zwischen auftraggebendem und beauftragtem Unternehmen .....	88
4. Die AGH im Insolvenzfall .....	88
4.1. Insolvenz des beauftragten Unternehmens .....	88
4.1.1. Erfüllung des Werkvertrags vor Insolvenzeröffnung .....	89
4.1.2. Nichterfüllung des Werkvertrags vor Insolvenzeröffnung .....	89
4.2. Insolvenz des auftraggebenden Unternehmens .....	90
4.2.1. Zahlung des Werklohns vor Insolvenzeröffnung .....	90
4.2.2. Keine Zahlung des Werklohns vor Insolvenzeröffnung .....	90
4.3. Verhältnis der AGH zum IEF .....	90
4.3.1. Allgemeines zum IEF .....	90
4.3.2. Vorrang der AGH .....	91
5. Grenzüberschreitende Überlegungen .....	92
5.1. Überblick über die Regelung in Deutschland .....	92
5.2. Das ausländische Subunternehmen in Österreich .....	92
5.2.1. Allgemeines .....	92
5.2.2. Grenzüberschreitende Dienstleistung .....	93
5.2.3. Gründung einer Niederlassung in Österreich .....	94
5.3. Das inländische Subunternehmen in einem anderen EU-Mitgliedstaat .....	94
6. Resümee .....	95
<b>Abschnitt III: Die Auftraggeberhaftung im EStG .....</b>	<b>97</b>
1. Das Betrugsbekämpfungsgesetz 2010 .....	97
2. Die Auftraggeberhaftung für lohnabhängige Abgaben .....	97
2.1. Die Ähnlichkeit zur ASVG-Haftung .....	97
2.2. Der Haftungstatbestand des § 82a EStG .....	98
2.2.1. Geltungsbereich der Haftung .....	98
2.2.2. Welche Abgaben werden als „lohnabhängige Abgaben“ bezeichnet? .....	98
2.2.3. Höhe und Eintritt der Haftung .....	98
2.3. Haftungsbefreiungsmöglichkeiten .....	100
2.3.1. Allgemeines .....	100
2.3.2. Das beauftragte Unternehmen scheint in der HFU-Liste auf .....	100
2.3.3. Zahlung von 5 % des Werklohns an das DLZ .....	101
2.3.4. Zuordnung der Haftungsbeträge durch das DLZ .....	102
2.4. Konteneinsicht .....	103
2.5. Rückerstattung von Guthaben .....	103
2.6. Unterschiede zur Haftung nach den §§ 67a ff ASVG .....	103
2.6.1. Ermessensentscheidung über die Aufnahme bzw den Verbleib in der HFU-Liste .....	103
2.6.2. Zustimmung des Finanzamtes über die Wiederaufnahme in die HFU-Liste .....	104
2.6.3. Durchgriffshaftung und Guthabenrückerstattungen .....	104
2.6.4. Die Geltendmachung der Haftung .....	104
3. Weitere wichtige steuerrechtliche Regelungen für die Bauwirtschaft .....	105
3.1. Bestimmungen im EStG .....	105
3.1.1. Vermutung einer Nettolohnvereinbarung (§ 62a EStG) .....	105
3.1.2. Kalendertag als Lohnzahlungszeitraum (§ 77 EStG) .....	106
3.1.3. Steuerschuldnerschaft des Arbeitnehmers bei Schwarzarbeit (§ 83 EStG) .....	106
3.1.4. Verstärkte Zusammenarbeit der Sozialversicherungsträger mit Finanzbehörden (§ 89 EStG) .....	107
3.1.5. Mitteilung bei Auslandszahlungen (§ 109b EStG) .....	107

3.2. Normen in anderen Steuergesetzen .....	108
3.2.1. KöSt-Zuschlag bei unterbliebener Empfängerbenennung (§ 22 KStG) .....	108
3.2.2. Verlängerung der Verjährungsfristen (§§ 207, 209 BAO) .....	109
3.2.3. Erweiterung der Aufsichts- und Kontrollmaßnahmen durch die Finanzpolizei (§ 12 AVOG; nunmehr §§ 54, 146a und 146b BAO) .....	109
4. Resümee .....	110
 <b>Abschnitt IV: Die Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse aus Sicht des Unternehmers</b> .....	
1. Allgemeines .....	111
2. Rechtsgrundlagen .....	112
3. Urlaub, Abfertigung, Winterfeiertage und Überbrückungsgeld .....	112
3.1. Geltungsbereich des BUAG .....	112
3.1.1. Persönlicher Geltungsbereich .....	112
3.1.2. Sachlicher Geltungsbereich .....	113
3.1.3. Mischbetriebe .....	113
3.1.4. Konsequenzen .....	114
3.2. Sachbereich Urlaub .....	114
3.2.1. Einrichtung .....	114
3.2.2. Festsetzung .....	114
3.2.3. Urlaubsanspruch und Anwartschaft als Ausgangspunkt .....	115
3.2.3.1. Anwartschaftswochen .....	115
3.2.3.2. Beschäftigungszeiten .....	116
3.2.4. Urlaubsentgelt .....	116
3.2.5. Abfindung .....	117
3.2.6. Nichtverbrauch/Verfall .....	117
3.2.7. Ablöseverbot, Todesfall und Pfändungsschutz .....	117
3.2.8. Berechnung .....	117
3.2.9. Meldepflichten und Vorschreibung .....	118
3.2.10. Nichtbezahlung, Haftung und Verjährung .....	120
3.2.11. Vergütete Nebenleistungen .....	121
3.2.12. Einbeziehung in das System der BUAK .....	121
3.2.13. Sonderbestimmungen bei Entsendung .....	121
3.2.14. Zusammenfassung Ablauf .....	122
3.3. Sachbereich Abfertigung .....	123
3.3.1. Einrichtung .....	124
3.3.2. Festsetzung .....	124
3.3.3. Berechnung .....	124
3.3.4. Auswahlpflicht Betriebliche Vorsorgekasse .....	125
3.3.5. Meldepflichten und Vorschreibung .....	125
3.4. Sachbereich Winterfeiertage .....	125
3.4.1. Einrichtung .....	125
3.4.2. Festsetzung .....	126
3.4.3. Berechnung .....	126
3.4.4. Meldepflichten und Vorschreibung .....	126
3.4.5. Winterfeiertagsvergütung .....	126
3.4.5.1. Berechnung .....	126
3.4.5.2. Vergütete Nebenleistungen .....	127
3.4.6. Ersatzweiser Anspruch .....	127
3.4.7. Zusammenfassung Ablauf .....	127
3.5. Sachbereich Überbrückungsgeld .....	128
3.5.1. Einrichtung .....	129

## SWK-Spezial: Reverse Charge und Auftraggeberhaftung in der Bauwirtschaft

---

3.5.2. Festsetzung .....	129
3.5.3. Berechnung .....	129
3.5.4. Meldepflichten und Vorschreibung .....	129
3.5.5. Überbrückungsgeld .....	129
3.5.6. Überbrückungsabgeltung .....	129
3.5.7. Zusammenfassung Ablauf .....	130
4. Sachbereich Schlechtwetter .....	130
4.1. Geltungsbereich BSchEG .....	130
4.2. Schlechtwetterentschädigung .....	131
4.2.1. Schlechtwetter und Arbeitsausfall als Ausgangspunkt .....	131
4.2.2. Entschädigungsanspruch .....	131
4.2.2.1. Ausmaß .....	132
4.2.2.2. Höhe .....	132
4.2.3. Rückerstattung .....	133
4.2.4. Schlechtwetterentschädigungsbeitrag .....	133
5. Pflichten des Unternehmers .....	134
5.1. Offenlegung von Lohnaufzeichnungen .....	134
5.2. Mitwirkungs- und Auskunftspflichten bei Baustellenkontrollen .....	134
6. Behördlicher Informationsaustausch .....	136
6.1. Kooperationen im Rahmen des BUAG .....	136
6.2. Sonstige Kooperationen .....	137
<b>Anhang</b> .....	<b>139</b>
<b>Wichtige Adressen, Links und Formulare</b> .....	<b>148</b>
Stichwortverzeichnis .....	151